

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 07.10.2010

im Ratssaal

Anwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Hermann Morisse	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Peter Arens	CDU	Vertreter für Zweite Stellvertre- tende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsfrau Sandra Knoblauch	SPD	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Herr Hans-Werner Wolff	Fraktionslos	
Herr Thomas-Dieter Gnatowski	CDU	
Frau Karin Löhr	Fraktionslos	
Frau Ursula Nagl	Fraktionslos	
Herr Udo Reich	Fraktionslos	
Herr Michael Tschöke	Fraktionslos	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Gesa Lang	Bündnis
90/Die Grünen	
Herr Horst Löwenberg	fraktionslos
Herr Oliver Petrosch	Fraktionslos
Herr Timo Rode	Fraktionslos
Herr Ansgar Röhrbein	Fraktionslos
Herr Michael Thomas-Lienkämper	Die LINKE

Gäste:

Herr Sven Haarhaus

Verwaltung:

Frau Christine Kirchner
Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Herr Hermann Scharwächter
Herr Werner Giet
Herr Andreas Hein
Herr Winfried Lütke-Dartmann
Frau Ursula Speckenbach

Schriftführung:

Frau Marion Gerbracht

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD
Ratsfrau Anette Schwarz	FDP
Herr Hans-Günther Ashoff	Fraktionslos

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Lothar Büth	Fraktionslos
Herr Kieran Griffin	fraktionslos
Herr Johannes Kirchhoff	Fraktionslos
Herr Reinhard Korte	Fraktionslos
Frau Semra Middelhoff berin	Einzelbewer-
Herr Klaus Salscheider	Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

In der öffentlichen Fragestunde gibt es eine Bürgeranhörung, in der einige Eltern ihren Unmut darüber äußern, dass die FCJG ihre religiösen Aktivitäten z. T. auf öffentliche Kinderspielplätze verlege. Die Eltern bitten den Jugendhilfeausschuss um Hilfe, die religiösen Aktivitäten auf öffentlichen Kinderspielplätzen zu unterbinden.

Dazu verliest Herr Morisse eine Erklärung der FCJG, die den folgenden Wortlaut hat:

„Vor zwölf Jahren starteten wir mit regelmäßigen Spielplatzaktionen für Kinder auf dem Kluser Spielplatz. Im Laufe der Jahre folgten andere Angebote für Kinder auf verschiedenen Plätzen in Lüdenscheid. Unsere Spielplatznachmittage waren bei vielen Kindern und Eltern sehr beliebt. Immer wieder kamen Mütter und Kinder auch ganz gezielt zu unseren Angeboten. Im Laufe der Jahre haben sich daraus viele gute Beziehungen entwickelt. Unsere Aktionen enthielten sowohl spielpädagogische als auch religionspädagogische Elemente. Nun wird der Teil unserer Angebote, der religionspädagogische Elemente enthält, von einigen Bürgern unserer Stadt sehr stark kritisiert. Man möchte nicht, dass biblische Geschichten auf dem Spielplatz erzählt werden oder dort gebetet wird. Auch wenn wir selbst die Erfahrung gemacht haben, dass viele Kinder sich sehr für Inhalte des christlichen Glaubens interessieren, sind wir bereit, in Zukunft auf das religionspädagogische Programm auf dem Spielplatz zu verzichten. Falls Interesse daran besteht, dass wir weiterhin Spielangebote durchführen, sind wir gern dazu bereit.“

Diese Erklärung wurde abgegeben von Frau Bärbel Löffel-Schröder (Erzieherin), Frau Birgit Janke (Dipl.Sozialarbeiterin) und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Spielplatzangebots.

Der Jugendhilfeausschuss spricht dazu einstimmig die folgende EntschlieÙung aus:

Der Jugendhilfeausschuss begrüÙt es, wenn Gruppen und freie Träger auf den städtischen Kinderspielplätzen in enger Kooperation mit der städtischen Kinder- und Jugendförderung für die Kinder und Jugendlichen pädagogische Angebote machen. Hierbei ist jedoch zu berück-

sichtigen, dass jegliche politische, religiöse und kommerzielle Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen auf den städtischen Spielplätzen zu unterbleiben hat.

Das Jugendamt möge in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt überprüfen, inwieweit der Text in die ordnungsbehördliche Verordnung für Spielplätze aufzunehmen ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

2. Vorstellung Frau Christine Kirchner, seit 01.07.2010 Leiterin der städtischen Beratungsstelle für Eltern, Kinder, Jugendliche und Schulpsychologie

Frau Kirchner stellt sich persönlich dem Gremium des Jugendhilfeausschusses vor und gibt eine Übersicht über ihren bisherigen Werdegang.

3. Prüfung des Jugendamtes durch die Gemeindeprüfungsanstalt 2009/2010 - Stellungnahme zu den Handlungsempfehlungen Vorlage: 180/2010

Zu dem Bericht stellt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag auf vorübergehende Aufstockung des ASD um 60 Wochenstunden (rund 1,5 Stellen) befristet bis zum Abschluss des Projekts zur Personalbedarfsuntersuchung – voraussichtlich bis 2013 - das zusammen mit dem Landesjugendamt durchgeführt werden soll, sowie die Weiterführung der Praktikumsstelle des Berufseinmündungsjahres bis mindestens zum Abschluss des Projektes.

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung zu den Handlungsempfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

4. Betreuung und Förderung von Kindern - Planungen für den Zeitraum 2011 - 2012

Vorlage: 193/2010

Herr Giet stellt mit einer Powerpoint-Präsentation den neuen Bericht vor.

Beschluss:

Der Bericht „Betreuung und Förderung für Kinder - Planungen für den Zeitraum 2010/2011“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Folgende Aspekte der Jugendhilfeplanung für die Jahre 2011/2012 werden gemeinsam mit den örtlichen Trägern von Tageseinrichtungen für Kinder umgesetzt:

1. Im Kindergartenjahr 2011/ 2012 werden insgesamt 58 neue U3-Plätze geschaffen. Durch die in Kapitel 10.2 des Berichts dargestellten Gruppenumwandlungen werden dafür 88 nicht mehr benötigte Rechtsanspruchplätze für Kinder über 3 Jahren abgebaut.
2. In der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus der Jugend“ wird - im Sinne eines Pilotprojektes - im Kindergartenjahr 2011/2012 die Betreuungszeit zunächst für fünf der dort aufzunehmenden Kinder an fünf Tagen in der Woche von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr („Randzeiten“) verlängert. Die Betreuung erfolgt durch eine Erzieherin/ einen Erzieher der Einrichtung (Kapitel 12.5).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Haushalt des Jugendamtes 2011

Vorlage: 181/2010

Herr Morisse schlägt vor, die TOP 5 und TOP 6 zusammen zu beraten und darüber zu beschließen. Er möchte folgende Aufteilung der Beratungsfolge haben

- allgemeine Anmerkungen
- Abstimmung darüber
- Beschlussfassung.

Zu den allgemeinen Anmerkungen gibt es eine Entschließung des Jugendhilfeausschusses, die dem Haushaltsplan auf der entsprechenden Seite als Erläuterung den bisherigen Erläuterungen auf dieser Seite gegenüberzustellen ist.

Herr Morisse merkt an, dass die Überschrift auf Seite 108 des Verwaltungsentwurfs des Haushaltsplanes „Freiwillige Leistungen“ geändert werden soll in „Gesetzliche Leistungen, die in Art und Umfang nicht festgeschrieben sind und freiwillige Leistungen“. Die in den Positionen auf Seite 108 des Verwaltungsentwurfs des Haushaltsplans 2011 enthaltenen 2,01 Mio. € können nicht in voller Höhe als freiwillige Leistungen bezeichnet werden, weil die meisten Positionen ihre Grundlage in den Bestimmungen des KJHG haben. Eine pauschale

Kürzung der Summe von 2,01 Mio. € um 20 % (= 400.000 €) erscheine aus diesem Grunde nicht sachgerecht.

Der Jugendhilfeausschuss behält sich vor, die inhaltliche Diskussion über die Notwendigkeit der Kinder- und Jugendhilfe in jedem einzelnen Fall sachgerecht im Ausschuss zu prüfen. Hierbei ist auch die bisher geleistete präventive Arbeit der Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu würdigen und die Notwendigkeit von präventiver Arbeit zu beachten.

Dieser EntschlieÙung wird einstimmig zugestimmt.

Für einen Antrag der CDU, getrennt über die Erhöhung der Elternbeiträge einerseits und den restlichen Haushalt andererseits abzustimmen, findet sich keine Mehrheit.

Über den Antrag der SPD-Fraktion, die Erhöhung der Elternbeiträge für den Besuch von Kindertagesstätten auf die erste Stufe zu begrenzen, wird nicht abgestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltsentwurf zu.

Beschluss:

Dem Entwurf des Teilergebnisplans und des Teilfinanzplans des Jugendamtes wird unter Berücksichtigung

- der Veränderungen aus der beigefügten Änderungsliste sowie
- der nachfolgend aufgeführten HSK-Maßnahmen

zugestimmt:

Lfd. Nr.	Bezeichnung
----------	-------------

Maßnahmen aus dem HSK 2010:

060.001	Reduzierung der lfd. Zuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit um 20.000 €
---------	---

060.002	Streichung des Zuschusses für die Kinderbetreuung im Rathaus (Bürgerforum),
---------	---

060.003	Streichung des Zuschusses Mütterzentrum Villa Kunterbunt
---------	--

060.004	Reduzierung des Zuschusses zur AWO-Familienbildungsstätte
---------	---

060.005	Prüfung der Personalreduktion Abt. 510 um 0,25 Stellen
---------	--

neue Maßnahme des HSK 2011:

060.007	Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung mit Wirkung ab 01.08.2011
---------	--

„div.“	Reduzierung der freiwilligen Leistungen anhand der entsprechenden Liste auf S. 108 des Haushaltsplan-Entwurfs auf 1.610.000 € im Jahr 2014.
--------	---

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
-------------	----

Nein-Stimmen:	0
---------------	---

Enthaltungen:	0
---------------	---

6. Bürgerhaushalt (Anlage)

Dieser TOP wird gemeinsam mit dem TOP 5 beraten.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Präsentation zum "Modellprogramm Jugend stärken - Aktiv in der Region"

Es gibt von Herrn Lütke-Dartmann eine Power-Point-Präsentation zu dem Modellprogramm „Jugend stärken - Aktiv in der Region“.

Dieses Modellprogramm, für das sich die Stadt Lüdenscheid nach Aufforderung des Bundesministeriums beworben hat, wird gefördert mit ESF-Mitteln (Europäischer Sozialfond) und von der europäischen Union. Die eigentliche Zielorientierung ist die Jugendsozialarbeit.

7.2. Beantwortung von Anfragen

7.2.1. Frühe Hilfen - Angebote für Väter

Herr Röhrbein möchte wissen, welche Angebote es unter dem Stichwort „Frühe Hilfen“ aktuell für Väter gebe und was in diesem Bereich noch ausgebaut werden könne. Zu diesem Thema habe sich eine kleine Arbeitsgruppe zusammengefunden, an der folgende Personen teilnehmen: Herr Engmann, Herr Lütke-Dartmann, Herr Hesse, Herr Tschöke, Herr Röhrbein sowie Frau Wilfart.

Es solle die zustimmende Kenntnisnahme sowie die Unterstützung des Ausschusses eingeholt werden, mit der Sammlung und dem Ausbau der Angebote für Väter in Lüdenscheid fortzufahren.

Herr Morisse schlägt vor, in der November-Sitzung noch mehr zu dem Thema zu sagen und sichert schon jetzt die Unterstützung des Ausschusses zu.

7.3. Anfragen

Weitere Anfragen gibt es nicht.

Morisse
Vorsitzender

Gerbracht
Schriftführerin